



Es grenzt an Wahlbetrug

Um es noch einmal zu sagen: **Franziska Giffey** ist nicht die strahlende Wahlsiegerin, für die sie sich selbst hält. Es gab keinen Giffey-Effekt. Das Ergebnis der SPD lag noch hinter dem von 2016. Ohne den Bundestrend wäre die SPD in Berlin abgeschmiert.

Die Berliner CDU hingegen hat sich erfolgreich gegen den Bundestrend der Union stemmen können. Auch wenn es nur ein Plus von 0,4 Prozent gab, so ist das angesichts der Verluste der Bundes-Union von acht Prozent ein großer Erfolg.

Zweifelsohne sind die Grünen mit 3,7 Prozent Wahlsieger. Letztlich liegt die SPD aber mit 2,5 Prozent vor den Grünen und ist damit der tatsächliche Wahlsieger. Verloren hat hingegen die Linke mit einem Minus von 1,6 Prozent. Die Sozialdemokraten scheinen ein Herz für Verlierer zu haben, in Mecklenburg-Vorpommern wie in Berlin.

Franziska Giffey hatte und hat ein Problem. Sie ist in der Berliner SPD nicht verankert. Sehenden Auges auf eine andere als diese Koalition zuzusteuern, zeugt nicht von Wagemut, sondern von eklatanter Fehleinschätzung. Die Berliner sind Gemütsmenschen. Sie können verzeihen. Sie haben Franziska Giffey einiges verziehen. Aber irgendwann ist das Maß voll. Nun doch die Fortsetzung der alten Koalition anzustreben, grenzt an Wahlbetrug.

„Ich bin entsetzt und werde mir überlegen, ob ich dieser Partei noch angehören will - wenn es tatsächlich passiert!“, schreibt uns ein Leser. Und eine Leserin empört sich: *„Oh Gott, es ist eine furchtbare Perspektive!!! Ich fühle mich als Wählerin betrogen, habe die Giffey gewählt, um zu verhindern, dass womöglich die Jarasch Bürgermeisterin wird. Und weil ich dachte, es bliebe bei den eher konservativen Zielen. Es ist ein Desaster – eine dysfunktionale Stadt wieder von R2G geführt. Wohin soll man auswandern???“*

Berlin hat ein Problem, über das viel zu wenig gesprochen wird, weil sich alle Blicke stets aufs Rote Rathaus und den Senat richten. Berlin besteht aber aus zwölf Großstädten, von Reinickendorf mit rund 270.000 Einwohnern bis 410.000 in Pankow. Die meisten Berliner Bezirke zählen mehr Einwohner als viele Landeshauptstädte in Deutschland. Die Bezirke haben viele Rechte, viel zu viele. Wenn der Senat Geld für mehr Personal in den Bürgerämtern zur Verfügung stellt, die Bezirke dann aber die Stellen anderswo einsetzen, kann das System nicht in Ordnung sein. Die vermutlich neue Regierende Bürgermeis-

terin kämpft gegen fünf grüne, von Pankow bis Lichtenrade, drei schwarze, Steglitz-Zehlendorf, Marzahn-Hellersdorf, Reinickendorf und das Linke Lichtenberg an. Ob sie sich aber auf die geschrumpten SPD-Hochburgen Spandau, Neukölln oder Treptow-Köpenick verlassen kann, ist nicht sicher. Den Bezirken ist immer das Hemd näher als die Hose und völlig egal, wer unter ihnen im Roten Rathaus regiert.

Die Durchgriffsrechte des Senat gegenüber den Bezirken sind bescheiden. Wenn ein Bezirk etwas nicht will, dann kann sich häufig der Senat auf den Kopf stellen. In Hamburg sind die Durchgriffsrechte des Senat viel höher. Da gibt es ein Senatsmitglied, was für die Bezirke zuständig ist und das Sagen hat. Auf die Bezeichnung Bezirksbürgermeister wird in der Hansestadt gänzlich verzichtet, sie heißen dort Bezirksamtsleiter.

Natürlich ist es Unsinn, wenn der Vize-Chefredakteur der Welt, **Robin Alexander**, schreibt, *„Nichts funktioniert in Berlin.“* Es gibt aber zu viele Einzelfälle, die in der Summe nicht akzeptabel sind. Hunderttausende wälzen sich jeden Tag durch Berlin und bis nach Brandenburg. Alle kommen hin und wieder zurück. Jeder Stau löst sich irgendwann auf. Berlin steht nicht am Abgrund, auch wenn uns das die Medien einreden wollen. Klopapiermangel gab es 1945, nicht aber 2019.

Warum es so viele Baustellen geben muss, an denen kaum ein Arbeiter gesichtet wird, warum es in Bezirken breitere Fahrrad- als Autofahrstreifen geben muss, obwohl dort die Nutzung mit dem Rad eher selten zu beobachten ist, verdanken wir dieser unseeligen Klientelpolitik. Grüne und Linke haben nicht die ganze Stadt und nicht die Gesamtbevölkerung im Blick. Warum auch. Sie sind mit der Anzahl ihrer Unterstützer zufrieden, die Grünen mehr als die Linke, aber zur Regierungsbeteiligung reicht es aus.

Das Wahldebakel ist peinlich, die Demokratie geht davon aber nicht unter. Nun wird vermutlich in einigen Wahlkreisen neu gewählt, wodurch sich das Ergebnis kaum verändern dürfte. Die Wahlpannen sind bei genauerem Hinsehen nicht einmal der zurückgetretenen Landeswahlleiterin anzulasten. Die meisten Probleme liegen mal wieder in den Bezirken, die so vieles nicht gebacken bekommen. Eine Zentralverwaltung ist zwar weniger in der Lage kleinteilig zu handeln, ein Vorort-Management deshalb sinnvoll, die Zentrale muss aber durchgreifen können und den Bezirksfürsten nicht nur zeigen, wo der Hammer hängt, sondern auch wie man ihn einsetzt.

Ed Koch